

Wirtschaftliche Abhängigkeiten reduzieren, Klimaanpassung vorantreiben



Beschlusspapier der SPD-Bundestagsfraktion – zur Klausur im September 2026

Unser Land muss sich in einem neuen unruhigen Zeitalter voller Veränderungen bewähren. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie intensiv externe Krisen unser Land treffen können. Corona, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der menschengemachte Klimawandel und die zunehmenden geopolitischen Spannungen haben Gesellschaft und Wirtschaft erheblich belastet. Wir müssen uns an dieses neue geoökonomische Zeitalter anpassen, in dem einseitige Abhängigkeiten Verwundbarkeiten schaffen und ein verlässliches Miteinander in den internationalen Handelsbeziehungen keine Selbstverständlichkeit mehr ist. China setzt seine wirtschaftliche Stärke zunehmend als strategisches Druckmittel ein und nutzt Abhängigkeiten aus, etwa bei kritischen Rohstoffen und Vorprodukten. Auch die Handelspolitik der USA zeigt, dass wirtschaftliche Macht zunehmend als geopolitisches Instrument eingesetzt wird. Hinzu kommen – das zeigt dieser Sommer – die Folgen des Klimawandels mit direkten Auswirkungen auf die Lebensqualität aller Menschen und das Leben besonders verwundbarer Bevölkerungsgruppen. Wir können nicht alle Krisen verhindern, aber wir müssen unsere Widerstandsfähigkeit gegen diese Entwicklungen erhöhen.

1

Auf Versorgung mit heimischer erneuerbarer Energie umstellen

Angesicht der aktuellen Bedrohungslage müssen Bund und Länder den Schutz von Energieinfrastruktur kurzfristig erhöhen. Mittelfristig muss es auch darum gehen, verstärkt zusätzliche Strukturen zu schaffen, die Ausfälle auffangen und, die die Widerstandsfähigkeit des Gesamtsystems erhöhen. Der dynamische Ausbau eines dezentralen Energiesystems auf Basis erneuerbarer Energien ist die wichtigste Voraussetzung für eine sichere und möglichst kostengünstige Stromversorgung. Deshalb halten wir am dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien fest. In den anstehenden Verhandlungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz und weiteren Gesetzen werden wir sicherstellen, dass der Ausbau nicht durch unnötige Regulierung ausgebremst wird. Unser Ziel muss sein, Netzengpässe aufzulösen, nicht sie zu verwalten. Gleichzeitig muss unser Stromsystem innovativer und digitaler werden, unter anderem durch die Einbindung von Speichern, die Nutzung von E-Autos als Stromspeicher und Anreizen zur Flexibilisierung der Stromnachfrage. Mit der Beschleunigung des Netzaus- und Netzumbaus schaffen wir in den kommenden Jahren die Infrastruktur für ein dezentrales und resilientes Stromsystem. Wir ermuntern die Bundesregierung, das im Koalitionsausschuss im Juni vereinbarte Paket zur Stärkung und Digitalisierung der Verteilnetze schnell vorzulegen. Dort wo möglich und sinnvoll wird der Staat diesen Ausbau unterstützen. Wir begrüßen deshalb die zusätzlichen Instrumente für Netzbetreiber im Rahmen des Deutschlandfonds. Bei den Übertragungsnetzbetreibern unterstützen wir eine direkte Beteiligung des Bundes.

2

Mineralölmarkt ordnen, Krisengewinne unterbinden

Infolge des Angriffes der USA auf den Iran sind die Preise für Benzin und Diesel empfindlich gestiegen. Das belastet viele Menschen enorm, gerade in ländlichen Regionen. Es ist absolut inakzeptabel, dass insbesondere die Mineralölhersteller vor dem Hintergrund dieser Krise abkassieren. Preise werden frühzeitig angehoben und langsam gesenkt. Der Tankrabbat wurde zwar größtenteils weitergegeben, aber die Mineralölwirtschaft hat entgegen eigenen Versprechen zusätzlich die Verbraucherinnen und Verbraucher abgezockt. Die Mineralölwirtschaft fährt Rekordgewinne ein, während das Leben für die Menschen teurer wird. Es gibt klare Hinweise, dass der Mineralölmarkt in Deutschland nicht richtig funktioniert. Wir werden deshalb in den kommenden Wochen weitere Änderungen des Kartellrechts beschließen, die die Preistransparenz erhöhen und dem Kartellamt zusätzliche Möglichkeiten geben, den Markt zu ordnen. Wenn der Markt nicht funktioniert, dann muss der Staat eingreifen – etwa indem die Gewinnmargen wie zum Beispiel in Luxemburg durch einen Spritpreisdeckel begrenzt werden. Hierfür werden wir uns im weiteren Gesetzgebungsverfahren einsetzen. Wir begrüßen auch die Bemühungen des Bundesfinanzministers, die Krisengewinne durch eine Übergewinnsteuer auf europäischer Ebene abzuschöpfen. Der Kraftstoffmarkt muss endlich im Sinne der Kundinnen und Kunden geordnet werden. Auch die Möglichkeit, oligopolartige Strukturen im Rahmen eines kartellrechtlichen Verfahrens zu zerlegen, muss auf den Tisch.

3

Wechsel zu E-Autos und Wärmepumpen unterstützen und europäisch ausrichten

Mittelfristig bleibt der Wechsel zu strombasierten Technologien wie dem E-Auto und der Wärmepumpe die beste Krisenvorsorge. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass die neue Förderung für E-Autos und Wärmepumpen besonders auf kleine und mittlere Einkommen und Familien ausgerichtet wird. Im nächsten Schritt erwarten wir, dass effektive Local-Content-Kriterien bei der Förderung dafür sorgen, dass die Anschaffung in Europa gefertigter Modelle gezielt unterstützt wird. Krisenvorsorge darf außerdem nicht am Geld scheitern. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden wir uns dafür einsetzen, dass die Förderung mindestens auf dem beschlossenen Niveau bis 2029 fortgesetzt wird. Wir treiben den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur weiter voran und verbessern die Preistransparenz beim Laden.

4

Kritische Abhängigkeiten abbauen

Die einseitige Abhängigkeit von chinesischen Vorprodukten und kritischen Rohstoffen – von seltenen Erden bis hin zu Batterien – ist ein strategisches Risiko für unseren Wirtschaftsstandort. An die Stelle des Just-in-Time-Prinzips muss für kritische Rohstoffe das Just-in-Case-Prinzip treten. Wir setzen auf eine Diversifizierung der Bezugsquellen durch neue Partnerschaften, wir ermuntern private Akteure zum Aufbau strategischer Lagerkapazitäten und unterstützen insbesondere den Mittelstand. Wir müssen für die industrielle Produktion heimische Rohstoffquellen erschließen, indem wir z.B. über den Rohstofffonds gezielt fördern, Genehmigungen für strategische

Projekte beschleunigen und Recycling und Kreislaufwirtschaft ausbauen. Kreislaufwirtschaft kann unsere Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen in den kommenden Jahren deutlich reduzieren.

5

Heimische Industrie schützen

Die Wende zum geoökonomischen Machtdenken anderer Länder zwingt Deutschland und die EU zu einer neuen geoökonomischen Strategie. Wir ermuntern deshalb die Bundesregierung, ihre neue Handelsstrategie umgehend zu erarbeiten.

Wir müssen strategisch wichtige Fertigung wieder stärker nach Europa verlagern und diese vor Dumping, Überkapazitäten und Währungsmanipulationen besser schützen – zum Beispiel durch neue und möglichst sektorweit geltende Handelsschutzinstrumente und durch wirksame Local-Content-Vorgaben. Wir begrüßen eine baldige Verabschiedung des Industrial Accelerator Act mit klaren Regelungen, zum Beispiel im Bereich der Elektromobilität, um die Technologiesouveränität und strategisch wichtige Wertschöpfung zu sichern.

Wir müssen unseren Automobilsektor entschlossener gegen chinesische Modelle schützen, die durch unfaire Praktiken zu sehr günstigen Preisen angeboten werden. Unter anderem fordern wir die Bundesregierung auf, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die EU die Schutzlücke für Plug-in-Hybride endlich schließt und diese wie reine Elektroautos mit Zöllen belegt werden.

6

Auf Klimafolgen vorbereiten

Hitze, Dürren, Waldbrände und Hochwasser gefährden Menschen, Infrastruktur und Wirtschaft. Deutschland muss sich darauf besser einstellen. Klimaanpassung muss zu einem zentralen Teil der Klimaschutzpolitik werden und auch entsprechend finanziert werden. Dazu gehören wirksame Hitzeschutzkonzepte, eine bessere Ausstattung zur Waldbrandbekämpfung und ein leistungsfähiger Katastrophenschutz.

Konkret: Wir müssen soziale Einrichtungen wie Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Kitas mit Verschattung und Kühlung weiterentwickeln, damit sie nicht zu Hitzefallen werden und auch im Sommer betrieben werden können. Wir müssen unsere Städte und Gemeinden, unsere Quartiere und den öffentlichen Raum besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten und sie fit für die Zukunft machen. Statt glühender Betonlandschaften wollen wir mit grün-blauen Infrastrukturen, dem Prinzip der Schwammstadt, beschatteten Spielplätzen und barrierefreien Parks lebendige innerstädtische Schutzräume für die Menschen schaffen, die den Zusammenhalt stärken. Dafür sorgen die Rekordausgaben im Städtebau.

Wir müssen überprüfen, ob unsere Feuerwehren organisatorisch und mit ihrer Ausrüstung optimal auf häufigere und größere Wald- und Vegetationsbrände vorbereitet

sind. Und wir müssen unseren Hochwasserschutz kontinuierlich weiterentwickeln, weil Starkregenereignisse zunehmen werden. Zudem müssen wir die Natur wieder zu einer Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel machen, etwa indem wir Wälder resilienter machen oder Flüsse, Auen und Böden so gestalten, dass sie wieder mehr Wasser speichern.

Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht. Mit einer Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz geben wir dieser Zusammenarbeit eine Struktur, schaffen einen klaren und dauerhaft verlässlichen Finanzierungsrahmen und verbessern so die Möglichkeiten insbesondere der Kommunen, die oft am besten wissen, wie sie ihre Einwohnerinnen und Einwohner vor den Folgen des Klimawandels schützen können.

Gleichzeitig sagen wir unmissverständlich: An eine Dauerkatastrophe kann man sich nicht anpassen. Die Anpassung kann nur gelingen, wenn die negativen Folgen des Klimawandels in einem begrenzten Rahmen bleiben. Wird der Klimaschutz vernachlässigt, wird Klimaanpassung scheitern – und dann zu einem ökonomischen und finanziellen Fass ohne Boden sein.



Wasser als strategische Ressource verstehen

Auch in Deutschland wird Wasser in einigen Regionen zunehmend knapp. Trinkwasserversorgung, Landwirtschaft, Industrie und Natur konkurrieren stärker um die verfügbaren Ressourcen. Insbesondere die Trockenregionen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt werden betroffen sein. Wir müssen Wasser deshalb besser in der Landschaft halten und speichern, indem wir natürliche Speicher wie Auen und Moore stärken. Zugleich brauchen wir klare Regeln, welche Nutzungen in Zeiten akuter Wasserknappheit Vorrang haben. Konflikte müssen geregelt sein, bevor sie in der nächsten Dürre eskalieren. Über den Transport und die überregionale Verteilung der kostbaren Ressource Wasser müssen wir ideologiefrei diskutieren. Gefüllte Pools in manchen Regionen und drohende Wasserrationierungen in anderen – das kann kein Bild einer gerechten Gesellschaft sein.



Lebensmittelversorgung krisenfester machen

Eine leistungsfähige heimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sind Teil unserer strategischen Resilienz. Abhängigkeiten bei Energie, Dünge- und Futtermitteln können dazu führen, dass geopolitische Krisen schnell auf Lebensmittelpreise und Versorgung durchschlagen. Deshalb müssen wir die Produktionsbasis in Deutschland und Europa stärken, wichtige Vorprodukte absichern und regionale Wertschöpfungsketten stärken. Gleichzeitig muss die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen Wetterextreme werden. Landwirte sind schon vielfach in den regionalen Umwelt- und Naturschutz eingebunden. Neben kurzfristigen Hilfen braucht es gemeinsame Anstrengungen aller Akteure in der Landwirtschaft.: Die Anpassung an den Klimawandel wird die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts für unsere Landwirtschaft.